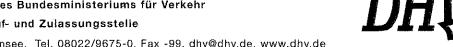
# DEUTSCHER HÄNGEGLEITERVERBAND e.V. im DAeC

Beauftragter des Bundesministeriums für Verkehr Prüf- und Zulassungsstelle



Postfach 88, 83701 Gmund am Tegernsee, Tel. 08022/9675-0, Fax -99, dhv@dhv.de, www.dhv.de

Pfälzer Gleitschirmclub e.V. Helmut Bach Pfingstwiese 16 a 55545 Bad Kreuznach

Gmund, 17.07.2009 K/be

Außenstarts und -landungen mit Hängegleitern und Gleitsegeln auf den Start- und Landeflächen "Waldlaubersheim", 55444 Waldlaubersheim

Der Deutsche Hängegleiterverband e. V. (DHV) erteilt aufgrund des Antrags des Pfälzer Gleitschirmclub e.V. vom 21.01.2009 folgende

1.

#### Erlaubnis

- 1. Dem Antragsteller wird die Erlaubnis nach § 25 LuftVG Abs. 1 für Starts und Landungen mit Hängegleitern und Gleitsegeln außerhalb genehmigter Flugplätze erteilt.
- 2. Die Erlaubnis erstreckt sich auf die Flurstücksnummer 51, Flur 6, (Starts) und 614 und für Landungen auf die Flurstücksnummern 122 (Flur 6) Gleitschirm und 1/1 (Flur 5) Hängegleiter, Gemarkung Waldlaubersheim.
- 3. Die Erlaubnis ist unbefristet. Sie kann widerrufen werden. Sie gilt allgemein, für die Mitglieder des Antragstellers und für Nichtmitglieder. Die Änderung von Auflagen und die Erteilung weiterer Auflagen bleiben vorbehalten.

11.

### Auflagen

### A: Allgemeine Auflagen

- 1. Starts und Landungen dürfen nur auf denjenigen Flächen erfolgen, die in den beigefügten Karten eingezeichnet sind.
- 2. Von der Erlaubnis darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn die Grundstückseigentümer oder der Zustimmung Verfügungsberechtigter vorliegt und solange sie aufrechterhalten ist. Die eventuelle Zurücknahme einer Zustimmung ist dem Deutschen Hängegleiterverband e.V. unverzüglich mitzuteilen.
- 3. Die zum Starten und Landen bestimmten Flächen sind bei Flugbetrieb mit geeigneten Mitteln gegen das Betreten durch Unbefugte zu sichern, beispielsweise durch Beschilderung entsprechend § 46 Abs. 2 LuftVZO

- "Flugbetrieb mit Hängegleitern und Gleitsegeln. Bei Flugbetrieb Betreten aus Sicherheitsgründen verboten. Name des Antragstellers".
- 4. An den Start- und Landestellen müssen je ein Windrichtungsanzeiger (Windsack o. ä.) gut sichtbar aufgestellt und je eine Ausstattung für Erste Hilfe verfügbar sein.
- Für die Regulierung von Personen- und Sachschäden muss eine Geländeund Startleiterhaftpflichtversicherung mit der Mindestdeckungssumme von 500.000,-- Euro für Personen- und Sachschäden abgeschlossen und für die Dauer der Erlaubnis aufrechterhalten sein.
- 6. Die Flugbetriebsordnung für Hängegleiter und Gleitsegel des DHV ist in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.
- 7. Unfälle und andere Störungen beim Flugbetrieb sind vom Antragsteller dem DHV unverzüglich anzuzeigen. Dies gilt unbeschadet der weiteren Meldepflicht nach § 5 LuftVO.
- 8. Änderungen gegenüber den Angaben im Antrag und in den eingereichten Unterlagen sowie sonstige Veränderungen, die den Flugbetrieb gefährden können, sind dem DHV unverzüglich mitzuteilen.

## B: Geländespezifische Auflagen

- 1. Alle in "Waldlaubersheim" startenden Piloten benötigen eine Einweisung durch den Geländehalter (Auflagen und Gefahren).
- 2. Für Gleitschirmstarts: Die Piloten benötigen die unbeschränkte Lizenz (B-Schein). A-Schein Piloten dürfen nur dann starten, wenn sie die nötige Erfahrung für Hanglandungen besitzen.
- 3. Die K 41 muss mit mindestens 50 m Höhe überflogen werden.
- 4. Ausbildungsflüge sind nicht gestattet.
- 5. Störungen der Fauna durch tiefe Flüge sind zu vermeiden. Es ist eine möglichst große Höhe zum Geländerelief einzuhalten. Dies gilt insbesondere bezüglich der Avifauna (Vögel). Innerhalb der Brutzeit, besonders vom 1. April bis zum 31. Juli, muss eine Beeinträchtigung der Avifauna unterbleiben.
- 6. Der Start- bzw. Aufenthaltsbereich ist in seinen Abmaßen möglichst klein zu halten. Angrenzende Biotopstrukturen, wie zum Beispiel die angrenzenden Waldbereiche und verschieden artigen Weinbergsbrachen mit ihren darin vorkommenden Tierarten, dürfen durch den Flugbetrieb nicht beeinträchtigt werden.

Ш.

#### Hinweise

 Diese Erlaubnis ersetzt nicht nach anderen Rechtsvorschriften erforderliche Genehmigungen und Erlaubnisse, insbesondere straßenund wegerechtlicher Art.

- Zuwiderhandlungen gegen die Auflagen dieser Erlaubnis k\u00f6nnen vom Luftfahrt-Bundesamt nach \u00a5 58 Abs. 1 Nr. 11 LuftVG als Ordnungswidrigkeit mit Geldbu\u00a8e geahndet werden.
- beantragte Gelände liegt im Tieffluggebiet Bundesrepublik Deutschland. angesprochenen lm Bereich kann während Tagtiefflugbetriebszeiten nach Sichtflugregeln mit militärischen Strahl- und Propellerflugzeugen grundsätzlich in Mindestflughöhen von 1.000 Fuß (300 m) über Grund, mit Ausnahmegenehmigung des Bundesministeriums der Verteidigung im beschränkten Umfang aber auch in Mindestflughöhen von 500 Fuß (150 m) über Grund, sowie mit militärischen Hubschraubern auch unterhalb der genannten Höhen durchgeführt werden. Während der militärischen Tagtiefflugbetriebszeiten wird dringend empfohlen, bei Windenschleppstarts mit Hängegleitern und Gleitsegeln Ausklinkhöhe von max. 150 m über Grund nicht zu überschreiten. Es wird zudem empfohlen das militärische Tiefflugband von 150 - 450 m über Grund zu meiden bzw. so schnell wie möglich zu durchfliegen.

IV.

#### Kosten

Gemäß § 2 Abs. 1 der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV) i. V. m. Abschnitt VI Nr. 15a des Gebührenverzeichnisses zur LuftKostV wird eine Gebühr in Höhe von € 165,-- erhoben.

V.

## Begründung

Mit Datum des 21.01.2009 wurde durch den Pfälzer Gleitschirmclub e.V. ein Antrag auf Erteilung einer Außenstart- und -landeerlaubnis gemäß § 25 LuftVG gestellt.

Die Untere Naturschutzbehörde der Kreisverwaltung Bad Kreuznach wurde mit Schreiben vom 04.03.2009 am Verfahren beteiligt (§ 13 VwVfG). Mit Schreiben vom 24.03.2009 teilte die Naturschutzbehörde mit, dass gegen den Flugbetrieb keine Bedenken naturschutzfachlicher Art bestehen, wenn landespflegerische Auflagen in den Bescheid aufgenommen werden.

Der Antragsteller hat die Geländeeignung vom 16.07.2009 nachgewiesen.

Eine Befristung war im Hinblick auf die Möglichkeit des jederzeitigen Widerrufs nicht erforderlich.

## VI.

# Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann gemäß §§ 68 ff. der Verwaltungsgerichtsordnung (VWGO) innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides bei uns als zuständige Stelle schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch erhoben werden.

Björn Klaassen

Referat Flugbetrieb